

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes - Sitz Köln am Rhein

Christlich-nationale Berufsgewerkschaft für Angehörige der graphischen und papierverarbeitenden Industrie

20. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf., monatlich 20 Pf., ohne Postgebühr

Samstag, den 1. November 1924

Erscheint vierteljährlich Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 19

## An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften

Die in Köln aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften veranstaltete Kundgebung war ein machtvolles und weithin beachtetes Treuebekenntnis zu unseren Grundzügen. Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Auswertung der Kölner Tagung ist durch die inzwischen erfolgte Auflösung des Reichstages fast behindert. Ein Wahlkampf mit all seinen üblen Begleiterscheinungen steht uns bevor. Gemäß der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften ist beim bevorstehenden Wahlkampf darauf zu achten, daß die Parteipolitik von allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen ferngehalten wird. Es liegt aber andererseits im Wesen und im Programm unserer Bewegung, wenn unsere Mitglieder innerhalb der einzelnen Parteien darauf drängen, im kommenden Wahlkampf statt des Trennenden das Einigende in den Vordergrund zu stellen und daß der Wahlkampf ohne Gefährdung und gegenseitige Verhehlung geführt wird.

Um übrigen wollen wir uns durch den Wahlkampf von der entscheidenden Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft nicht abbringen lassen. Es darf durch die Wahlbewegung nicht das Interesse für die Nöte und Sorgen verloren gehen, die insbesondere dem Arbeiterstand bedrängen. Der Glaube, daß mit dem Stimmzettel zugleich auch alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen gelöst werden können, hat sich als trügerisch erwiesen. Mehr denn je kommt es jetzt wieder auf die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften an.

Ein Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre unserer gewerkschaftlichen Arbeit berechtigt zu der Feststellung, daß die jetzige Arbeit erfolgreich gewesen ist. Durch die Gewerkschaftsbewegung ist der Arbeiterstand auf staatlichem und gesellschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung und auf wirtschaftlichem Gebiete ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht errungen worden.

Die gegenwärtige Zeit stellt neue und vermehrte Aufgaben an uns. Die durch den verlorenen Weltkrieg auf dem deutschen Volk ruhenden Lasten müssen eine gerechte Verteilung erfahren. Der Arbeiterstand darf nicht zum Lastträger für die anderen Volksschichten gemacht werden. Die Not der Arbeiterschaft ist heute ohnehin ungeheurer groß. Hunderttausende drückt bittere Arbeitslosigkeit. Das Lohn-Einkommen steht in freierem dem Mißverhältnis zu Preisen, deren Höhe sich vielfach in keiner Weise rechtfertigt. Die Arbeitszeit hat in weitem Ausmaße unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeiten, besonders in der Schwerindustrie, eine Ausdehnung erfahren, die gesundheitlich untragbar, kulturell unhaltbar und zugleich unwirtschaftlich ist.

Die Kölner Tagung der christlichen Gewerkschaften hat u. a. gefordert: beschleunigte gerechte Regelung der Arbeitszeit, nachdrückliche Bekämpfung ungelinder Parteipolitik, ausreichende Erhöhung der Löhne und bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung bleibt ihren Grundzügen treu. Sie behält im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Pflicht des Dienstes am Gesamtwohl und wird nach wie vor diese ihre Pflicht erfüllen. Sie kämpft auch fernerhin mit allem Nachdruck für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit als der Voraussetzung nationaler Wiedergeburt.

Die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist ohne eine starke und finanzkräftige Gewerkschaftsbewegung nicht möglich. Deshalb fordern wir auf zu weiserer Selbstbehauptung und tatkräftiger Arbeit unter der bewährten Führung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung: **Christlich und national!**

**Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**

## Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Unsere Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kann an der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht vorbeigehen, kann aber auch nicht losgerissen werden von unserer Weltanschauung. Die derzeitige Wirtschaftslage erfordert besondere Maßnahmen. Wir geben das zu, können aber nicht zugeben, daß die Schlußfolgerung gezogen wird, die Sozialpolitik habe jetzt in den Hintergrund zu treten, sie sei gegenüber der Wirtschaftspolitik unbedingt das Sekundäre. Wir lassen die Sozialpolitik letzten Endes nicht als Geschäft auf, sondern als sittliches Gebot. In einer Volksgemeinschaft, die wirklich Anspruch auf diesen Namen erheben will, muß der Grundgedanke bestehen, daß im Rahmen des Möglichen die Hilfe demjenigen zuerst zuteil wird, der der Hilfe am meisten bedürftig ist.

Im Mittelpunkt alles Handelns steht für uns der Mensch. Zweck der Wirtschaft soll und muß letzten Endes sein, im Dienste des Ganzen zu stehen, nicht aber der Befriedigung der Erwerbsgier zu dienen. Wir bekämpfen nicht das Kapital oder den Kapitalismus schlechthin, sondern in erster Linie den Kapitalismus der Gewinnung. Wir bekämpfen nicht jeden Arbeitgeber als Ausbeuter, sondern anerkennen ihn ebenfalls als ein wichtiges volkswirtschaftliches Glied. Damit ist nicht gesagt, daß der gewerkschaftliche Wirtschaftsorganismus für vollkommen gehalten wird; wir sehen seine Mängel und arbeiten mit Nachdruck an seiner Beseitigung.

Durch die tiefere Blüte des Berufsgebaltens muß eine stärkere seelische Verbindung der Arbeiterschaft mit der Arbeit geschaffen werden. Auf der anderen Seite fordern wir mehr Wohnsorge für die kinderreichen Familien. Wir verlangen, daß man von dem Streben absteht, soziale Ministerien, soziale Einrichtungen aufzulösen, während man an Einrichtungen für Landwirtschaft und Industrie nicht rührt. Wir können es auch nicht als Volksgemeinschaftsgeist ansehen, wenn eine Oberschicht nach unverhältnismäßig hohen Bezügen verlangt, während weite Kreise darben. Unter dem Gesichtspunkte

gegenseitiger Schicksalsverbundenheit legen wir uns für die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit ein. Mit der Verwirklichung des Sachverständigen gutachten sind soziale Gefahren verschiedener Art verbunden. Der im Sachverständigengutachten genannte Wohlfahrtsindex ist für ein vorwärtsdrängendes Volk fast unerträglich. Der Staat verliert durch Eisenbahn und Reichsbank starke wirtschaftliche Machtquellen. Um so stärkeren Einfluß werden in Zukunft die privatkapitalistischen Wirtschaftsmächte haben. Wir werden auf eine gerechte Lastenverteilung bedacht sein. Das gilt nicht nur in bezug auf die Arbeitsbedingungen, sondern auch im Hinblick auf die Steuerfrage. Hier ist Schonung der schwachen Schultern, vor allem auch der kinderreichen Familien, notwendig. Die Umsatzsteuer trägt zur Verteuerung wesentlich bei und trifft besonders die kinderreichen Familien. Auch die Mietzinssteuer drückt schwer auf schwache Schultern. Ein Umlag ist es, die Hauszinssteuer statt nur zum Wohnungsbau auch zu Beamtenbesoldungen zu verwenden. Insbesondere in einem Augenblick, wo die Beamtenbesoldung vor nicht allzu langer Zeit eine Neuregelung erfahren hat.

Eine wichtige Rolle spielt die Frage der Produktionssteigerung und im Zusammenhang damit die Frage der Arbeitszeit. Es ist eine falsche Vorstellung, wenn weite Kreise glauben, Produktionssteigerung sei nur mit verlängerter Arbeitszeit und die notwendige Verbilligung der Produktion nur mit geringeren Löhnen und Gehältern zu erreichen. Der unsoziale Geist, der sich in manchen Arbeitgeberkreisen wachend breit macht, ist eine Gefahr für den nationalen Zusammenhalt unseres Volkes. Ohne soziale Erneuerung gibt es keine nationale Wiedergeburt! Dem Substanzverlust der Wirtschaft gegenüber steht der ungeheure Substanzverlust an Arbeitskraft, von dem out recht wenig gesprochen wird. Mit genauer Kalkulation muß auch eine Verbesserung der Betriebsorganisation und der Betriebstechnik einhergehen. Kürzere Arbeitszeit in Anpassung an die wirtschaftlichen und beruflichen Bedürfnisse ist unsere Forderung. Den Standpunkt, Deutschland solle sich überhaupt nicht auf internationale Abmachungen einlassen, können wir nicht vertreten. Alles in der Welt drängt nach stärkeren

Zusammenfassungen und das Internationale Arbeitsamt ist eine Institution, auf dessen internationalen Arbeitskonferenzen vor dem Forum der ganzen Welt die sozialen Verhältnisse erörtert werden. Wir halten es als zweckmäßiger, für die Postage des deutschen Volkes im Interesse der Aufrechterhaltung einer gesunden sozialen Reform auch internationale Verhandlungen zu werden. Die Folge der nimmere auch von der Reichsregierung ausgeprägten Bereitwilligkeit zur Ratifizierung des Bahingtoner Abkommens wird zunächst sein, daß das Zwischenschalten in der Schwerindustrie nicht beibehalten werden kann. Der Achtstundentag soll als allgemeiner Grundsatz beibehalten werden.

Wichtig ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge, die immer noch als mangelhaft bezeichnet werden muß. Die finanziellen Verhältnisse des Reiches, der Staaten und der Gemeinden bedeuten wohl eine Hemmnis; aber die Arbeitskraft Hunderttausender steht auf dem Spiele. Darum muß etwas geschehen. Die augenblicklich geltende Regelung ist ein Kompromiß zwischen Arbeitslosenversicherung und staatlicher Fürsorge, wobei allerdings die aus der Erwerbslosenversicherung sich ergebende Selbstverwaltung vollständig zu kurz kommt. Wir müssen uns gegen die Strömungen wehren, die in Zukunft die Beihilfen des Reiches und des Staates überhaupt in Wegfall kommen lassen wollen. In der augenblicklichen Zeit der Not können die Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht allein auf Arbeitgeber und auf Arbeitnehmer abgewälzt werden; denn die Wiebelage der Wirtschaft hängt zusammen mit den politischen Geschehnissen. Außerdem muß den staatlichen Behörden in Zukunft auch ein entsprechender Einfluß auf die Erwerbslosenfürsorge eingeräumt werden, der aber nicht so weit gehen darf, daß wie heute, die Versicherten wohl ihre Beiträge bezahlen, über die Frage, wer etwas erhält und wieweit er erhält aber die behördlichen Instanzen entscheiden. Unhaltbar ist es, daß Arbeiter von ihrem außerordentlich fargen Lohn noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlen, aber Arbeitslosenunterstützung nicht erhalten. Die neue Arbeitslosenversicherung muß alle Mängel beseitigen. Auch das Durcheinander auf dem Gebiete der Beitrags- und Befahrungsgemeinschaften muß beseitigt werden. Insbesondere muß zwischen Preußen und dem Reiche ein Ausgleich herbeigeführt werden. Es scheint durchaus möglich, den staatlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Tiefe sind aber auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge in den richtigen Einklang mit dem Prinzip der Selbstverwaltung und mit den Notwendigkeiten zu bringen, die die Wechselwirkung zwischen Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit bedingt.

Der Auswanderung, die in den letzten Jahren eine verhältnismäßig starke gewesen ist, muß durch eine großzügigere Lohnpolitik, durch kräftigeres Zugreifen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungsweesen nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Auf dem Gebiete der Beratung der Auswanderer scheint eine zentrale Zusammenfassung notwendig, und zwar bei einer Stelle, die sich berufsartig mit dem Problem des Arbeitsmarktes und allen mit ihm zusammenhängenden Fragen beschäftigt. Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiete mit den Gewerkschaften scheint dringende Notwendigkeit.

Bedauerlich ist es, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht. Sie wäre jetzt notwendiger denn je. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist nach Austritt der freien Gewerkschaften ein Torso. Dazu kommt, daß ein arbeitsfähiger Reichswirtschaftsrat nicht mehr besteht. Der künftige Reichswirtschaftsrat muß beschleunigt geschaffen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist aus der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht ausgestiegen. Vielmehr haben die bekannten Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Arbeitgeberverbände, v. Borlig, und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stegerwald, stattgefunden, die sich um die Frage drehen, ob sich für die Zukunft eine lebensfähige und leistungsfähige Arbeitsgemeinschaft wieder aufbauen läßt. Die Aussichten sind gering, da man auf Arbeitgeberseite die Mitnimmnahme der sogenannten vaterländischen Arbeitnehmerbewegung, also der wirtschaftsfriedlichen oder gelben Gewerkschaftsbewegung verlangt. Der wirtschaftsfriedlichen Bewegung können wir einen gewerk-

schafflichen Charakter nicht zuerkennen. Ihre Agitationsarbeit in der letzten Zeit zeigt unser Volk noch weiter auseinander. Ihren Ehrgeiz gegenüber von dem Verlangen nach einer nationaleren Einstellung bei uns können wir nur auf das Handeln der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Schutzbereich des Westens hinweisen; denn auf das Handeln kommt es an, nicht auf die Phrasen.

Man wünscht von Arbeitgeberseite eine stärkere Berücksichtigung des Werksamkeitssgedankens. Auch wir wollen eine stärkere Verbindung des Arbeiters mit dem Betriebe durch Betriebsräte, Betriebsvereinigungen, Betriebsrat, Wohlfahrtspflege usw. Einen Werksamkeitssgedanken aber, der seine Spitze gegen die Überwertigkeiten richtet, können wir nicht anerkennen. Auch gegen die Erziehung zum Werksamkeitssgedanken müssen wir uns wehren. Weiter wollen die Arbeitgeber von der Schamatisierung und dem Tarifzwang herunter. Man kann aber eine Arbeitergemeinschaft nicht ohne den Tarif wollen. Eine individuelle Regelung müssen wir ablehnen. Freiheit auf diesem Gebiete würde in der Praxis den Egoismus des Einzelnen als leitendes Wirtschaftsprinzip bedeuten. Eine solche „privatwirtschaftliche Weltanschauung“ wird in uns den schärfsten Gegner finden.

In Bezug auf das Schlichtungsweien müssen wir betonen, daß die freiwilligen Schlichtungseinrichtungen, die durch die Beteiligten selbst gebildet werden und die ihre Entscheidungen ohne Eingreifen von außen her fällen, staatlichen Einrichtungen vorzuziehen sind. Trotzdem kann nicht ganz auf Zwang verzichtet werden. Es wäre nur möglich, wenn Tarifwille und Versöhnungswille auf allen Seiten in so starkem Maße vorhanden wären, daß man in souveräner den Staat entbehren könnte. Das ist aber nicht der Fall. Darum hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, rasch und entscheidend einzugreifen.

Das privatwirtschaftliche Prinzip, das in weiten Arbeitsebenen im Vordergrund steht, erschwert außerordentlich das Zustandekommen einer nützlichen Arbeitergemeinschaft. Es kommt nun darauf an, ob sich auf beiden Seiten eine entsprechende Anzahl von Menschen findet, die den Mut haben, aus dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung und Anerkennung allen Hindernissen zum Trotz Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Die Fragen der Wirtschaft- und Sozialpolitik sind nicht nur vom Standpunkte der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, sondern auch aus christlich weltanschaulicher Einstellung heraus zu betrachten. Vieles soziales Empfinden und entsprechendes Handeln wächst aus den Grundfragen heraus, auf denen sich die Weltanschauung unserer Bewegung aufbaut. Eine Belebung der ethischen Kräfte im Geiste dieser Weltanschauung halten wir für notwendig. Arbeit ist Dienst im Ganzen. Viele Lebensfragen muß wieder lebendig werden. Diesen Geist lebendig zu machen und auf ihn die soziale Erneuerung aufzubauen, ist die Mission unserer Bewegung.

## Wirtschaftspolitische Streiflichter

Der Deutsche Reichstag ist nun doch am 21. Oktober nach nur fünfmonatigem Stehen aufgelöst worden. Der Preussische Landtag wird folgen. Die Wahlen sind in sechs Wochen, am 7. Dezember. Zur Aufspaltung aller parteipolitischen Instanzen wird diese Zeit ausreichend genug sein. Ob aus dem vollkommen arbeitsfähigen Reichstage, daß er keine Würde mehr besaß, zeigte der Austausch der letzten Tage — ein arbeitsfähiges Parlament geboren werden kann, wird man in sechs Wochen sehen. Trotz mancherlei Vorgänge der letzten Wochen ist kaum zu glauben, daß die Rede des Stimmzettels am 7. Dezember wesentlich anders lautet als am 4. Mai. Es müßten sonst schon Zeichen und Wunder geschehen. Wer am lautesten zu jubeln versteht, wer in allen Klüften der Demagogie zu Hause ist, wird auch diesmal die besten Geschäfte machen. Und die anderen werden alles aufbieten, um mit dem blauen Auge davonzukommen. Ein Jammer nur ist es, daß wir durch die Manipulationen gewisser Parteigebilde zu keiner Stetigkeit in den Regierungsgeschäften kommen. Auch die Sozialpolitik leidet darunter. Sonst könnte der ganze Jauber am Königsplatz wieder nur erheitert werden.

Als gewerkschaftliche Organisation geht uns das parteipolitische Wandern nichts an. Wohl sind viele als Arbeitnehmer in sehr starkem Maße an einer nach außen und innen entscheidenden und erfolgreicheren Politik stark interessiert. Denn von den Erfolgen oder Misserfolgen dieser Politik hängt das letzte Ende auch unser Schicksal ab. So und nicht anders sieht Siegerwald auch das Wirken unserer Gewerkschaftsbewegung auf. Es soll bedacht werden, wie wir für die große Volksgemeinschaft, die keinen von sich ausschließen darf, einen guten Willens ist. Nur diesem Gesichtswinkel wollen wir als christliche Gewerkschaftler in den nächsten Wochen in politischen Meinungsstempel wirken. Unsere Bewegung soll und muß uns höher stellen als der politische Tagesstreit.

Die deutsche Technik und damit die deutsche Arbeitskraft konnte in der verflochtenen Woche einen triumphalen Erfolg verzeichnen. Ein Zepelinflug überflog den Ozean und landete nach 11 Stunden

ger ungeörter Fahrt auf amerikanischem Boden. Man hat an diesen sühnen Flug mancherlei Hoffnungen geknüpft; Hoffnungen, die sich gewiß verwirklichen lassen, Hoffnungen auch, die Träume sind. Und doch wirkt es gleichsam wie ein ewiges Friedenssymbol, wenn die Amerikaner gerade diesen Zepelin „Los Angeles“, d. h. „Engel“ nennen. In technischer Beziehung hat die gigantische deutsche Tat den Anfang zu einem künftigen Luftverkehr der verschiedenen Erdteile untereinander gemacht. Es bedarf nur noch der Entwicklung einiger Jahrzehnte und der Personen- und Postverkehr wird sich zum erheblichen Teil in den Lüften abwickeln. Inwiefern dabei die Eisenbahn trotz aller technischen Neuerungen und Verbesserungen in Mitleidenschaft gezogen werden kann, vermag heute selbst der tüchtigste Ingenieur noch gar nicht zu sagen.

Die Deutscherkreditbank und die in Betrage von 800 Goldmillionen in England und Amerika ist mehr als zehnmal überzeichnet worden. Darf man in dieser Tatsache eine Sympathie an Deutschland erblicken? Vielleicht auch das. Aber in der Hauptsache hat man doch nur gezeichnet, weil es das beste Geldgeschäft ist. Die Gewinnmöglichkeiten sind in der Tat in die Augen strechend. Nicht nur in den angenehmen Ausgabebedingungen und Zinsfüßen der Anleihe, sondern vor allem auch in den Spekulations- und Provisionenmöglichkeiten. Der Anleihe ist bei einem Zinsfuß von 7 Prozent ein Ausgabekurs von 92 Prozent gegeben. Das bedeutet praktisch eine Verzinsung von 7,63 Prozent. Man lüchle eine derartige Anleiheähnlichkeit in dem im Golde schwimmenden Amerika, wo selbst unter Freunden Gelder mit kaum drei Prozent und darunter in Anlage genommen werden. Für uns, bei denen die Dinge umgekehrt liegen, ist ein Satz von 7 1/2 Prozent gar nichts Besonderes. Früher war es eine Zensation. Mit der Anleihe kommt reiches Gut in den geschwächten deutschen Wirtschaftskörper. Dadurch wird hoffentlich auch die Zahl der Erwerbslosen weiter zurückgeführt.

Was wir jetzt auf dem Preisgebiet erleben, ist jenseit jeder Beschreibung. Wenn man auch von den Maßnahmen der Regierung nicht sofortige Wirkungen erwarten konnte, so glaubte man doch nicht an ein weiteres Steigen der Preise. Als Hauptursache für die unaufhaltsame Steigerung aller Lebensmittelpreise — nach zuverlässigen Berechnungen beträgt sie für die letzten Monate rund 40 Proz. — wird von wachsender Zeit die durch die Spekulation im Anschluß an die Anführung der Zollverträge hervorgerufene Preissteigerung auf die Getreidemärkte bezogen. Das Getreide ist von jeher die Markttatbasis für alle landwirtschaftlichen Produkte gewesen. Vom Getreidepreis hängt der Kartoffelpreis ab, denn der Landwirt verkauft vier Zentner Kartoffeln gleich einem Zentner Roggen. Ebenso stehen die Viehpreise mit dem Getreidepreis in einer gewissen Relation. Dieser Zustand wird augenblicklich noch durch die ungünstigen Meinungen über den Anfall der diesjährigen Ernte verschärft. Es treten ferner noch andere Momente hinzu, die ihrer Ursache in der Gestaltung der Auslandsmärkte finden. Nach den amtlichen Meldungen über Roggenbrot und Weizenmehlpreise in den Gebirgsregionen ergeben sich zum Teil ungeheure Preissteigerungen. So stieg z. B. der Preis für Roggenbrot in Leipzig von 24 Pf. Anfang Juli auf 37 Pf. Anfang Oktober. In Königsberg im gleichen Zeitraum von 30 auf 42 Pf., in Lübeck von 20 auf 30 Pfennig, in Chemnitz von 28 auf 38 Pf. Der Preis für Weizenmehl stieg allein von Juli bis Anfang Oktober in Mannheim von 40 Pf. auf 48 Pf., in Frankfurt a. M. von 38 auf 50 Pf., in Hamburg gar von 36 auf 50 Pf. Die Lebenshaltungskosten haben sich infolge der Preissteigerung fortgesetzt erhöht. Der Reichsindex für die Lebenshaltung betrug am 3. September 115, am 15. Oktober aber bereits 123. Es ist kaum zu glauben, daß die Regierung diese Preissteigerungen so ruhig hinnimmt. Ihre Preissteigerungsmaßnahmen sind so doch nur eine Liebesgabe an die Preistreiber auf Kosten der Allgemeinheit.

Die gesteuerten Preistreiber haben in allen Gewerben zu Lohnbewegungen geführt. Im „Deutschen“ Nr. 246 vom 18. 10. 1924 wird in einem Artikel von G. Kleinmühl mit dem Unternehmertum klipp und klar gesagt, daß es sich in absehbarer Zeit auf eine Erhöhung der Löhne um ungefähr 30 Prozent einrichten muß. Wir hätten dann in Deutschland einen durchschnittlichen Lohnstand von etwa 130 Prozent des Friedensnominallohnes erreicht, während das Ausland 100 bis 200 Prozent zahlt. Im allgemeinen kann man feststellen, daß die Lohnentwicklung in Groß-Beitrieben, Frankreich, Spanien, Holland, Schweden und in den Vereinigten Staaten mit der 30 bis 40prozentigen Steigerung der Lebenshaltungskosten vollumfänglich Schritt gehalten hat, in diesen Verufen der meisten Länder hat die Lohnsteigerung die Steigerung der Lebenshaltungskosten sogar überholt. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Belastung der deutschen Industrie von der Lohnseite her sehr weit hinter der der ausländischen Konkurrenzindustrie zurückbleibt. Es ist also nur Schammaschlagerei, wenn die Unternehmer erklären, keine höheren Löhne mit Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz zahlen zu können. Die Behauptung Dr. Weisingers von der Verzögerung der

deutschen Arbeitgeberverbände, die Industrie habe heute gegenüber einer halben Milliarde an Soziallasten im Jahre 1914 fast das Doppelte aufzubringen, ist ebenfalls irrig. Laut Schätzungen des Ministerialdirektors Grieser vom Reichsarbeitsministerium machen die Arbeitgeberanteile an den Versicherungslasten für das Jahr 1924 höchstens 600 Millionen Goldmark aus. Rechnet man hierzu hochgezogen noch 100 Millionen Beiträge für Erwerbslosenunterstützung, so ergeben sich 700 Millionen Goldmark. Man aber ist zu bedenken, daß die Goldmark von 1924 infolge der Goldentwertung nur etwa 66 Prozent des Wertes der Goldmark von 1914 ausmacht; mithin vermindern sich die heutigen 700 Millionen Goldmark Sozialbelastung der Industrie um 33 1/2 Prozent, so daß wir einen vergleichbaren Friedensgoldbetrag von nur 467 Millionen Goldmark erhalten, also nicht einmal die von Weisinger auf eine halbe Milliarde geschätzte Kriegsbelastung. So sieht das Nützlich der Unternehmer aus, wenn es darum geht, Lohnforderungen abzulehnen.

## Preisabbau — oder Lohnerhöhung

Die Arbeiterchaft verlangt energisch einen Preisabbau. Tritt dieser nicht ein, dann müssen die Löhne Erhöhung finden. Der Handel kommt daher und will uns plausibel machen, daß er nicht die Waren verteuere, sondern der böse Staat mit seinen Steuern; die Industrie verwahrt sich gegen die Kritik, die an der Kartellpolitik und ihrer preistreibenden Wirkung geübt wird. Keiner will die Schuld haben, und trotzdem führt der Konsum die schwere Last, die von allen Seiten auf ihn gelegt wird.

In den letzten Tagen besaß sich der Reichsverband der Industrie mit der Preisfrage und warnte gleichzeitig vor übertriebenen Hoffnungen auf eine alsbald eintretende Senkung der Lebenshaltungskosten. „Ein Preisabbau ist im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft notwendig und muß mit allen Kräften verfolgt werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Preise seit den außerordentlichen Kreditbeschränkungen der Reichsbank künstlich gedrückt sind. Notverkaufe unter den Selbstkosten, wie sie infolge von Kapitalmangel in den letzten Monaten erfolgten, können auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Nur eine natürliche Preisbildung durch Herabsetzung der Herstellungskosten kann zu dem gewünschten Preisabbau führen. Die Regierungsmaßnahmen bedingen eine Herabsetzung der Herstellungskosten um wenige Prozent. Maßgebend sind deshalb auch die Herabsetzung der übrigen Kosten. Alle Preisermäßigungen wirken sich aber erst in den neuen Kaufverträgen aus, die jetzt abgeschlossen und erst nach Monaten erfüllt werden. Eine nachhaltige Einwirkung auf die Kosten der Lebenshaltung ist deshalb unter der Voraussetzung, daß keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, erst allmählich im Verlauf mehrerer Monate zu erwarten. Derartige Störungen würden eintreten, wenn die gewaltige Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung zu Lohnsteigerungen führen würde. Jede Lohnsteigerung muß preissteigernd wirken. Es wäre bedauerlich, wenn das aus der Inflationszeit bekannte und verhängnisvolle Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen wieder beginnen sollte, denn damit würde mit aller Sicherheit jeder Preisabbau und jede gesunde Preisentwicklung unterbunden werden.“

Danach gibt es vorläufig keinen Preisabbau. Lohnsteigerung selbstverständlich auch nicht, denn diese würde preissteigernd. Im Gegenteil, es wird noch angegeben, daß alle Kosten herabgesetzt werden müssen. Zu den Hauptkosten rechnen die Unternehmer bekanntlich die Löhne. Daß sie mit Lohnherabsetzungen umgeben, ist ja bekannt. Es hat tatsächlich den Anschein, als ob Industrie und Handel sich heute überhaupt keine Gedanken mehr machen, wie man zu einer Verbilligung der Produkte kommen kann. Wenn nicht die Kreditpolitik der Reichsbank eingegriffen hätte, wäre wahrscheinlich überhaupt keine Preisbildung zu verzeichnen gewesen. Es steht doch so, daß der Lebenshaltungsindeks von Woche zu Woche heraufgeht und die Löhne im allgemeinen gar nicht folgen. Der bekannte Industrielle Guggenheimer trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 7. Oktober schreibt:

„Aber an ganz andere Adressen muß man die Forderung, die ernste Forderung richten, daß nicht durch unproduktiven Gewinn einzelner die Kosten der Lebenshaltung gesteigert, der Lebenshaltungsindeks erhöht wird in einer Weise, die jede andere Bemühung um die Verbilligung der Produktion nutzlos erscheinen läßt. Schon stehen wir vor der Tatsache, daß in einer Woche der Lebenshaltungsindeks sich um 4 Proz. erhöht hat. Eine Tatsache, die, sollte eine Fortsetzung dieser Kurve nach oben eintreten, nicht ohne Bedeutung auf die Gestaltung des Reallohnes sein könnte und nicht ohne nachteilige Einwirkung auf die Erhöhung der Produktionskosten. Hier muß aufs dringendste reichste Abhilfe gefordert werden. Abhilfe gegenüber einem Vorgang, der nicht etwa jetzt erst in seinen Erscheinungen sich bemerkbar macht, sondern bereits seit langer Zeit. Namentlich noch fanden die Preise für die Unprodukte des Lebens, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wieder wie in den letztvergangenen Monaten; sie hielten gleich sowohl die Bedarfsgüter im Endprodukte bei Abgabe an den Verbraucher so die



